

Der Präsident des Umweltbundesamtes

Letzte Änderung: 25.08.2009

Organisationsstruktur

Jochen Flasbarth wird neuer UBA-Präsident



Das Bundeskabinett hat sich darauf geeinigt, dass Jochen Flasbarth neuer Präsident des Umweltbundesamtes wird. Der 47-Jährige übernimmt die Nachfolge des Ende Juli ausgeschiedenen Prof. Dr. Andreas Troge. Flasbarth wird sein neues Amt nach der Unterzeichnung der Ernennungsurkunde durch den Bundespräsidenten antreten.

- [Pressemeldung BMU](#)
- [Lebenslauf von Jochen Flasbarth \(PDF / 94 KB\)](#)

Link zum Organigramm

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info/d-uba.pdf>

-
- **Präsidialbereich**
- **WissORin**
- **Dr. Claudia Golz**
- **0340/2103- 2362**
- http://www.umweltbundesamt.de/newsletter/UBA_nl_02_09.pdf - daraus:
- Dr. Claudia Golz leitet seit April 2009 den Präsidialbereich, zu dem die beiden Sachgebiete "Pressearbeit und Umweltinformation" sowie "Koordination leitungsrelevanter Themen und Veranstaltungen" gehören. Nach einem Studium der Biologie an der Freien Universität Berlin mit den Schwerpunkten pflanzliche Zell- und Gewebekultur sowie Gentechnik arbeitet Golz seit dem Jahr 1992 im UBA. Zunächst in der Gentechnik, seit 2002 im Präsidialbereich als stellvertretende Büroleiterin. Mit dessen Umorganisation im Frühjahr 2008 übernahm sie das Sachgebiet "Koordination leitungsrelevanter Themen und Veranstaltungen". Sie übernimmt die Funktion von Karsten Klenner, der seit Anfang des Jahres die Zentralabteilung des UBA leitet.

Umweltbundesamt

Postfach 1406
06813 Dessau-Roßlau

oder

Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau

Telefon: 0340 2103-0
Fax: 0340 2103-2285
E-Mail: info@umweltbundesamt.de

Berlin, 05.08.2009

Jochen Flasbarth wird neuer Präsident des Umweltbundesamtes

Jochen Flasbarth wird neuer Präsident des Umweltbundesamtes. Das hat das Kabinett heute auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel beschlossen. Der 47jährige Flasbarth tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Andreas Troge an, der vor einigen Tagen auf eigenen Wunsch in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Jochen Flasbarth ist seit Februar 2003 Abteilungsleiter Naturschutz und Nachhaltige Naturnutzung im Bundesumweltministerium. Zuvor war der diplomierte Volkswirt von 1992 bis 2003 Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Seit Mitte der 80er Jahre ist Flasbarth in verschiedenen Umweltorganisationen ehrenamtlich tätig gewesen - unter anderem als Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzringes, als Gründungsvorstand des Verkehrsclubs Deutschland und als Mitorganisator der Deutschen Umwelttage in Würzburg und Frankfurt. Als Aufsichtsratsmitglied des Wuppertal Instituts hat Flasbarth die Forschungsarbeiten zum Klima- und Ressourcenschutz eng begleitet.

Jochen Flasbarth gehörte als Umweltperte dem von der damaligen Umweltministerin Dr. Angela Merkel berufenen Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung ebenso an wie dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegründeten Nationalen Nachhaltigkeitsrat. In Nordrhein-Westfalen beriet Flasbarth die Landesregierungen unter Wolfgang Clement und Peer Steinbrück als Mitglied des Zukunftsrates NRW.

Durch die Organisation der UN-Naturschutzkonferenz im vergangenen Jahr erlangte Flasbarth auch international großes Renommee und leitet seitdem das Präsidium der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD).

Schwerpunkte seiner umweltpolitischen Tätigkeit waren neben dem Naturschutz die ökologische Verkehrspolitik, der Klimaschutz und die ökologische Finanzpolitik.

Jochen Flasbarth hat an der Universität Münster Volkswirtschaft, Politikwissenschaften und Philosophie studiert und sein Studium in Bonn als Diplomvolkswirt mit dem Schwerpunkt Verkehrsökonomie abgeschlossen.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/44695.php

-
- **Titel: Strategien für eine nachhaltige Nutzung der Natur**
- Redner/in: MinDir Jochen Flasbarth (i.V. von Minister Sigmar Gabriel)
- Anlass: "Hamburger Gespräche für Naturschutz" der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz / ASW
- Datum/Ort: 31.10.2008, 10:15 bis 10:45 Uhr, Hamburg

Die Staatengemeinschaft wird ihr Ziel, den Verlust von Biodiversität bis 2010 zu stoppen, nicht erreichen. Nach wie vor ist Landwirtschaft eine der zentralen Bedrohungen der Vielfalt. Die Abkehr von den klassischen Agrarsubventionen hin zu einer Förderung des ländlichen Raumes im breitesten Sinne, ein integrierter Naturschutz in allen Politikbereichen und faire Regeln für den Zugang zu natürlichen Ressourcen können den Trend umkehren.

Bei der Zeitungselektüre habe ich kürzlich gelernt, dass Inkas die Fähigkeiten zukünftiger Schwiegertöchter anhand einer besonderen Kartoffelsorte testeten. Sie war knollig und zerfranst, und nur wenn die Braut es schaffte, sie ganz sauer zu schälen, war sie reif für die Ehe. Heute gibt es in Lima ein Kartoffelzentrum, in dem das Saatgut von 4.500 Sorten aufbewahrt wird. Sorten, die heute nur noch teilweise der Ernährung, teilweise aber auch pharmazeutischen Zwecken dienen. Tatsache ist, dass diese über die Jahrhunderte entstandene Vielfalt in viel größerem Umfang für Medikamente, als Rohstoffbasis oder zur Energiegewinnung genutzt werden könnte. Zum großen Teil sind die Verwendungsmöglichkeiten der dort lagernden Sorten nämlich noch gar nicht erforscht. Und hier knüpfe ich direkt an den Beitrag von Alexander Müller an:

Überall auf der Welt sind Forscher unterwegs, die versuchen, aus dem, was wir an Vielfalt haben, mehr zu machen. Durch Rückgriff auf alte Sorten und durch Züchtung. Der Antrieb all dieses Tuns ist immer der gleiche: Eine wachsende Weltbevölkerung will ernährt werden. In immer mehr Regionen werden die Bedürfnisse der Menschen steigen: nach Nahrungsmitteln, nach Energie, nach Rohstoffen und eben auch nach Natur und natürlichen Ressourcen. Das bedeutet, dass das Konfliktpotenzial zwischen diesen Bereichen zwangsläufig steigen wird. Wie Alexander Müller sehr richtig gesagt hat: Wir können all dies nur lösen, wenn Naturschutz und Landwirtschaft in Zukunft zusammengehen. Aber wir sind uns sicherlich auch darüber im Klaren, dass das nur mit sehr viel Intelligenz und politischem Gespür gelingen wird.

Natur auf dem Rückzug

Wie sieht es nun mit der Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion aus? Ich sage mal zugespitzt: Die Landwirtschaft in unserem eigenen Land wie in der EU insgesamt ist nach wie vor einer der Haupttreiber des Biodiversitätsverlusts. Sie ist auch ein wichtiger Treiber des Klimawandels, fast so bedeutsam wie der Straßenverkehr. Und trotzdem bezieht sie nach wie vor 40 Milliarden Euro EU-Subventionen im Jahr, die dieses System aufrechterhalten. Das ist nicht unbedingt das, was man mit Nachhaltigkeit assoziiert. Die Frage ist: Wie bringen wir biologische Vielfalt und Landwirtschaft näher zusammen?

Bevor ich dieser Frage weiter nachgehe, ein paar Schlaglichter auf den Zustand der biologischen Vielfalt weltweit und auch im eigenen Land: Die Weltnaturschutzunion IUCN hat in Barcelona gerade ihre neuesten Erkenntnisse zu den gefährdeten Arten vorgelegt. Für Fachleute war es nicht weiter überraschend, dass deren Zahl erneut gestiegen ist. Der Zustand der biologischen Vielfalt in der Welt ist schlecht, und er hat keine positive Entwicklungstendenz - das ist das Erschreckende. Das gilt auch für Deutschland. Auch bei uns sind die Roten Listen nicht kürzer, sondern in der Tendenz länger geworden. Es gibt allerdings - und das will ich gleichsam nicht verschweigen - einige positive Beispiele. Der Rotmilan beispielsweise wird gerade erstmals aus der Roten Liste Deutschlands entlassen. Eine Art, die bei uns schwerpunktmäßig vorkommt und für die wir eine weltweite Verantwortung haben. Und trotzdem: Wie uns der WWF in seiner Studie "Living Planet" kürzlich vorgeführt hat, ist der gesamte Ressourcenverbrauch, die Übernutzung der Natur dramatisch. Wenn wir nichts ändern, bräuchten wir bereits im Jahre 2035 einen zweiten

Planeten, um unseren Lebensstil weiterzuführen. Die schlichte Wahrheit ist: diesen zweiten Planeten haben wir nicht!

Der Wert der Vielfalt

Die Staatengemeinschaft hat diese Probleme erkannt und 2002 in Johannesburg beschlossen, den Rückgang der Biodiversität zu bremsen. Kein wirklich hartes Ziel - nicht mit klaren Zahlen, wie wir das vom Klimaschutz gewöhnt sind - aber immerhin eine Richtung, die von den Staats- und Regierungschefs vorgegeben ist: Wir wollen etwas tun, um der Zerstörung Einhalt zu gebieten! Nun sind es noch zwei Jahre bis 2010, und auch wenn wir keine exakten Daten vorliegen haben, ist es doch offensichtlich, dass wir dieses Ziel weltweit verfehlen werden. So sucht Deutschland als Inhaber der Präsidentschaft der Biodiversitäts-Konvention (CBD) zurzeit händeringend nach guten Beispielen, nach Regionen, in denen es gelungen ist, den Verlust an biologischer Vielfalt aufzuhalten. Im Jahr 2010 wollen wir - wenn es möglich ist - gerne auch etwas präsentieren, an dem man sich orientieren und von dem man lernen kann. Ich glaube, wenn man ein überwiegend deprimierendes Ergebnis vor Augen hat, ist es gut, Leuchttürme zu finden, die den richtigen Weg weisen können.

Deutschland war 2008 mit der CBD-Vertragsstaatenkonferenz in Bonn im Rampenlicht der Biodiversitäts-Debatte. Wir haben dort erstmals klare "Commitments" erreicht, was den Zugang zu biologischen Ressourcen (Access) und das faire Teilen des Nutzens der biologischen Vielfalt (Benefit-Sharing) angeht. Wir sind auf dem Weg hin zu einem internationalen Rechtsregime einen deutlichen Schritt vorangekommen. Das ist für das Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern von eminenter Bedeutung. Wenn beispielsweise aus Wildpflanzen oder Insekten Substanzen extrahiert und damit erfolgreiche Pharmaprodukte entwickelt werden, dann wollen und müssen auch jene davon profitieren, die den Lebensraum dieser Arten für die ganze Welt erhalten. Dieses Teilen zu verwehren, war bisher die Achillesferse der Konvention zur biologischen Vielfalt.

Fortschritte gab es bei der Finanzierung des Naturschutzes: Bis 2012 stellt Deutschland eine halbe Milliarde Euro zusätzlich und danach jährlich eine halbe Milliarde für den Erhalt der biologischen Vielfalt in den Entwicklungsländern bereit. Diese Mittel werden aus den Erlösen des Emissionshandels generiert, und damit haben wir richtigerweise den Biodiversitäts- mit dem Klimaschutz verbunden.

Die energische Herangehensweise, die wir beim Benefit-Sharing erreicht haben, brauchen wir nun auch bei der dritten Säule der Biodiversitäts-Konvention - der nachhaltigen Nutzung. Ich möchte an dieser Stelle sehr deutlich sein: 16 Jahre nach Rio sind wir von Nachhaltigkeit in der Landnutzung Galaxien entfernt. Es gibt zwar gute Beispiele, aber nachhaltige Produktion ist weltweit definitiv nicht die Regel. Genau dahin müssen wir jedoch dringend kommen, insbesondere wenn man die Bevölkerungsentwicklung und den zusätzlichen Bedarf an Ressourcen vor Augen hat. Die deutsche Bundesregierung hat ganz richtig erkannt, dass wir hier mit einem separaten Ansatz der Politikbereiche nicht mehr vorankommen. Der Schutz der biologischen Vielfalt scheiterte in den letzten Jahrzehnten ja nicht etwa an einem schlechten Naturschutz. Er scheiterte daran, dass er ausschließlich die Aufgabe der Naturschützer war, während der Rest der Gesellschaft dem "Business as usual" nachging. Die Bundesregierung hat jetzt eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt mit 400 konkret gefassten Zielen vorgelegt, die diesen integrierten Politikansatz aufzeigt. Zum Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutz heißt es dort, bis zum Jahr 2020 müsse die Biodiversität im Agrarökosystem deutlich steigen. 2015 soll der Großteil der für die in landwirtschaftlich genutzten Kulturlandschaften typischen Arten in ihrem Bestand gesichert und der

Flächenanteil der naturschutzfachlich wertvollen Biotope um zehn Prozent gestiegen sein. Der Anteil naturnaher Landschaftselemente in landwirtschaftlich genutzten Gebieten soll 2010 mindestens fünf Prozent betragen. Das sind keine Zahlen, die man im Grundsatzprogramm des Naturschutzbundes (NABU) oder des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) findet - dort sind sie verständlicherweise ehrgeiziger formuliert. Es handelt sich eben nicht um eine Strategie des Bundesumweltministers, sondern um eine, die bereits das Bundeskabinett passiert hat und damit für den Landwirtschaftsminister genauso verbindlich ist wie für den Wirtschafts- oder Verkehrsminister.

Ich bin davon überzeugt, dass die Interessensbündelung von Landwirtschaft und Naturschutz gelingen kann. Sie muss auch gelingen, denn für keinen anderen Wirtschaftssektor ist die Existenz belastbarer Ökosysteme so wichtig wie für die Landwirtschaft. Die gesamte Wirtschaft kann es sich nicht leisten, gegen die Natur zu agieren - aber die Landwirtschaft spürt Verstöße gegen dieses Prinzip als Erstes.

Das Bundesumweltministerium lässt gerade eine Studie über die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Biodiversitätsverlusts erstellen - vergleichbar mit dem sogenannten Stern-Report für den Klimaschutz. Die Studie "The Economics of Ecosystems Services and Biodiversity" (TEEB) errechnet, wie teuer es uns zu stehen kommt, wenn wir nichts gegen den Verlust der Vielfalt unternehmen. Der Autor Pavan Sukhdev, früher Ökonom bei der Deutschen Bank, hat in Bonn bereits erste Ergebnisse vorgestellt: Die etwa 100.000 Schutzgebiete der Welt, so die Erkenntnis, produzieren jährlich eine Wertschöpfung von 4,4 bis 5,2 Billionen Dollar. Das ist mehr, als die weltweite Auto-, Stahl- und IT-Industrie zusammen erwirtschaften. Ökonomische Werte wie dieser sollen nun auch für Flächen außerhalb von Schutzgebieten errechnet werden.

Die Zukunft der Landwirtschaft

Ich will auch noch ein paar Sätze zur Bioenergie sagen. Was wir in den letzten Monaten an Hetze gegen diese Energieform gehört haben, war jenseits aller Realität und oft einfach falsch. Die Klimapolitik der Bundesregierung trägt nicht die Schuld an der Hungerkrise, so wie es in manchen Zeitungen zu lesen war. Die Zusammenhänge sind vielfältig und sehr viel komplizierter. Natürlich müssen wir bei der Bioenergieproduktion sehr sorgsam sein und aufpassen, dass wir keine ungewollten Effekte erzielen. Sicher nicht gewollt ist beispielsweise, dass wir in den Industrieländern guten Gewissens Biosprit tanken und nicht realisieren, dass die Treibhausgasbilanz dabei auch negativ sein kann. Deutschland hat deshalb auf EU-Ebene neue Standards vorgeschlagen. Sie regeln, dass beim Einsatz von Biotreibstoffen Treibhausgase in relevanter Höhe eingespart werden müssen, und zwar über die gesamte Produktionskette hinweg. Weiter darf die Produktion nicht in ökologisch wertvollen Gebieten stattfinden, Umwelt- und Sozialstandards müssen eingehalten und negative Auswirkungen auf andere Märkte vermieden werden. Die schwierigste Frage ist aber sicher die der indirekten Landnutzungsänderung. Was ist, wenn der Sojaanbau die Viehzucht vertreibt und diese deswegen in den Urwald ausweicht? Solche Zusammenhänge müssen beachtet werden - da gibt es keine einfachen Lösungen.

Ich möchte zum Schluss noch einige Sätze zur künftigen Agrarpolitik sagen. Wir treten da gerade in eine sehr wichtige Phase ein. Faktisch war die landwirtschaftliche Produktion in Europa über Jahrzehnte hinweg staatlich gelenkt, und zwar über hohe Förderungen, an denen sich die Wirtschaftenden ausrichteten. Sowohl ökonomisch und erst recht ökologisch waren es die falschen Signale, die von dieser Politik ausgegangen sind. In den 1990er Jahren gab es mit den Agrarumweltmaßnahmen erste Korrekturen. 2003 wurden die Zahlungen von der

Produktion abgekoppelt und an Umwelt- und Sozialauflagen gebunden - ein sehr wichtiger Schritt. Jetzt diskutieren wir beim sogenannten "Health Check" der EU-Landwirtschaftspolitik darüber, wie dieser Weg weiterzuentwickeln ist. Die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission gehen nach Ansicht des Bundesumweltministeriums in die richtige Richtung. Das betrifft insbesondere den Bereich der "Modulation"; hier werden Zahlungen an die Landwirte gekürzt, um die frei werdenden Gelder in Umweltprogramme und die ländliche Entwicklung zu investieren. Für Deutschland keine unproblematische Entwicklung: Wegen der Ballung großer Betriebe greift die Modulation in Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder auch Sachsen-Anhalt als Erstes. Dort ist es aber schwer zu verkraften, wenn Mittel in großem Umfang nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung ist trotzdem der Meinung, dass die Modulation ein wichtiges Instrument der Agrarpolitik ist. Sie ist bereits Praxis, hat positive Wirkungen gezeigt und soll unter Berücksichtigung der ökonomischen Situation der Betriebe fortgesetzt werden.

Für das Bundesumweltministerium steht außer Frage, dass wir 2013 - wenn der jetzige Finanzrahmen ausgelaufen ist - zu einer deutlich weiter reichenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik kommen werden und müssen. Aus meiner Sicht wäre es deshalb ökonomisch vernünftig, schon jetzt energischere Zwischenschritte einzuleiten, als sich im Zusammenhang mit dem Health Check abzeichnen. Für die Betriebe und Regionen ist es einfacher, sich Schritt für Schritt anzupassen, als im Jahr 2014 mit einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik konfrontiert zu werden. Wir werden die Agrarförderung nicht auf null herunterfahren können - das würde das Bundesumweltministerium auch nicht unterstützen. Wir meinen aber, dass der Fokus der Agrarpolitik breiter gefasst werden muss. Wir müssen von der klassischen Agrarförderung hin zu einer Förderung ländlicher Räume im breitesten Sinne kommen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg; dann tun wir etwas Gutes für unser Land und für die Umwelt.

<http://www.bmu.de/naturschutz/biologische/vielfalt/doc/42517.php>

Ein Kilo Biobrot hält zwei Quadratmeter Acker chemiefrei

Zum "Naturschutz an der Ladentheke" ruft der Präsident des Naturschutz bundes NABU, Jochen Flasbarth, die Verbraucher auf.

Bonn, 29. Juni. Durch bewußtes Einkaufsverhalten, so der NABU-Präsident, könnten artenreiche Kulturlandschaften und die biologische Vielfalt erhalten werden. Derzeit sei flächenmäßig die Hälfte der Bundesrepublik durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung der Äcker und Wiesen für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten unbesiedelbar. So stufe die Rote Liste Feldvögel wie Feldlerche oder Kiebitz, die noch vor wenigen Jahren zahlreich vorhanden waren, mittlerweile als bedroht ein.

"Wenn ein vierköpfiger Haushalt Brot aus ökologischem Getreide kauft, wird einem Feldlerchen-Paar zusätzlich Lebensraum gegeben", sagte Flasbarth. Denn auf ökologisch bewirtschafteten Äckern brüten zwei- bis dreimal so viele Paare des "Vogels des Jahres 1998".

Schon der Einkauf von nur einem Kilo Biobrot halte mehr als zwei Quadratmeter Boden chemiefrei - eine zentrale Voraussetzung für den Erhalt der Nahrungsgrundlage der Feldlerche und anderen Vögeln. Die gleichen Regeln gelten nach Angaben des NABU für Grünland: Mit dem Kauf von ökologischen Milchprodukten könne ein Haushalt bewirken,

daß jährlich mehr als 500 Quadratmeter Wiesen und Weiden zusätzlich naturnah bewirtschaftet werden.

Von dem Verzicht auf Pestizide und synthetische Düngemittel profitiert aber nicht nur die Feldlerche: Auf ökologisch bewirtschafteten Feldern wurden fast anderthalb mal so viele Laufkäfer und Spinnen und bis zu sechs mal so viele Ackerwildkräuter als auf vergleichbaren konventionellen Flächen gefunden, so der NABU. "Wer Brot, Kartoffeln oder Milch aus ökologischem Anbau kauft, trägt erheblich zum Erhalt der Artenvielfalt bei", appelliert Flasbarth an die Verbraucher.

Quelle: <http://www.nabu.org>

Für Rückfragen: Michael Schroeren, NABU-Pressesprecher, Telefon 01 72-5 42 92 94

<http://www.naturkost.de/aktuell/980629a.htm>

Jochen Flasbarth wird neuer Präsident des Umweltbundesamtes (05.08.2009)

Jochen Flasbarth wird neuer Präsident des Umweltbundesamtes. Das hat das Kabinett heute (05.08.09) auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel beschlossen. Der 47jährige Flasbarth tritt die Nachfolge von Prof. Dr. Andreas Troge an, der vor einigen Tagen auf eigenen Wunsch in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Jochen Flasbarth ist seit Februar 2003 Abteilungsleiter Naturschutz und Nachhaltige Naturnutzung im Bundesumweltministerium. Zuvor war der diplomierte Volkswirt von 1992 bis 2003 Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Seit Mitte der 80er Jahre ist Flasbarth in verschiedenen Umweltorganisationen ehrenamtlich tätig gewesen - unter anderem als Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzringes, als Gründungsvorstand des Verkehrsclubs Deutschland und als Mitorganisator der Deutschen Umwelttage in Würzburg und Frankfurt. Als Aufsichtsratsmitglied des Wuppertal Instituts hat Flasbarth die Forschungsarbeiten zum Klima- und Ressourcenschutz eng begleitet.



Jochen Flasbarth gehörte als Umweltperte dem von der damaligen Umweltministerin Dr. Angela Merkel berufenen Nationalen Komitee für [Nachhaltige Entwicklung](#) ebenso an wie dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder gegründeten Nationalen Nachhaltigkeitsrat. In Nordrhein-Westfalen beriet Flasbarth die Landesregierungen unter Wolfgang Clement und Peer Steinbrück als Mitglied des Zukunftsrates NRW.

Durch die Organisation der UN-Naturschutzkonferenz im vergangenen Jahr erlangte Flasbarth auch international großes Renommee und leitet seitdem das Präsidium der UN-Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD).

Schwerpunkte seiner umweltpolitischen Tätigkeit waren neben dem Naturschutz die ökologische Verkehrspolitik, der Klimaschutz und die ökologische Finanzpolitik.

Jochen Flasbarth hat an der Universität Münster Volkswirtschaft, Politikwissenschaften und Philosophie studiert und sein Studium in Bonn als Diplomvolkswirt mit dem Schwerpunkt Verkehrsökonomie abgeschlossen

http://www.co2-handel.de/article306_12193.html